



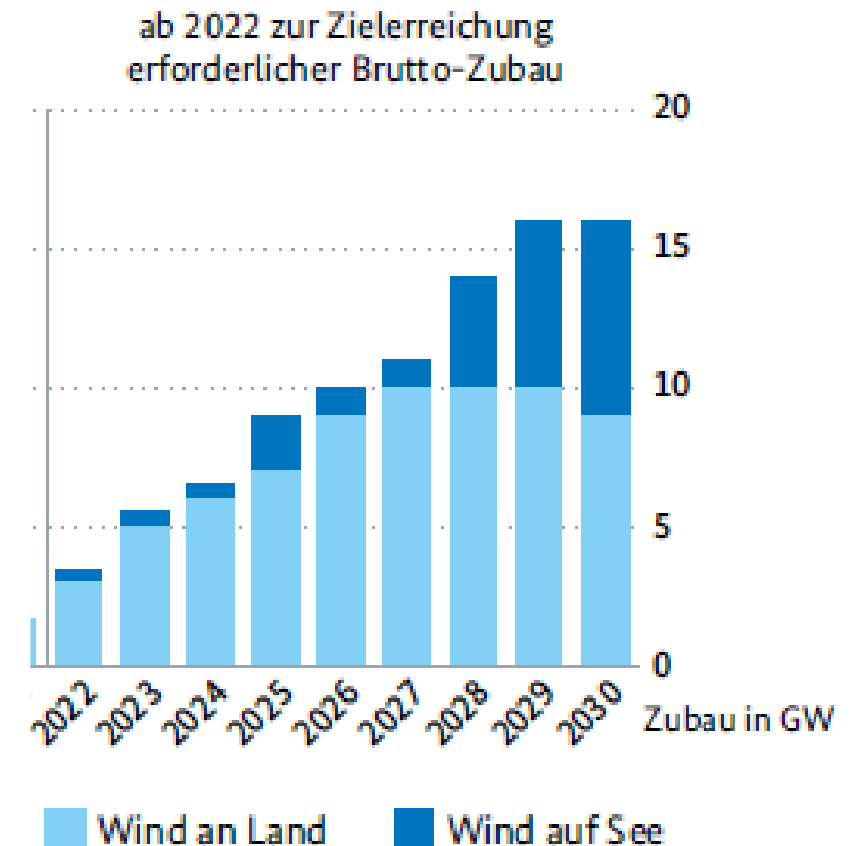
ROSIN  
BÜNDENDER

# Die Novelle des Windenergie-auf-See- Gesetzes



# Ausbauziele

- Erhöhung der Ausbauziele, § 1 Abs. 2 S. 1:
  - 30 GW bis 2030
  - 40 GW bis 2035
  - 70 GW bis 2045
- Festlegung von Ausbauvolumina in § 2a
  - 5 – 7 GW in 2023 – 2026, grds. 4 GW ab 2027
  - Grds. hälftige Aufteilung auf zentral voruntersuchte und nicht zentral voruntersuchte Flächen ab 2027



# Stärkung der Belange der Windenergie auf See in der Abwägung

- Errichtung von Windenergieanlagen auf See und Offshore- Anbindungsleitungen liegt im *überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit*, § 1 Abs. 3
- Verankerung/Verdeutlichung der Vorrangstellung von Windenergie auf See im Rahmen der Planungskaskade

# Neugestaltung des Förderregimes – Änderung des Ausschreibungsdesigns

## Zentral voruntersuchte Flächen, §§ 39 ff

- Festlegung eines Höchstwertes pro Kilowattstunde, § 42 Abs. 1
- BNetzA erteilt Zuschlag an Bieter mit niedrigstem Gebotswert, § 43
- Prämienzahlung
  - Marktprämie, § 46 Abs. 3 Nr. 1 WindSeeG iVm § 19 Abs. 1 Nr. 1 EEG
  - Differenzvertrag (Contracts-for-Difference), § 46 Abs. 3 Nr. 2
  - Zeitraum 20 Jahre, § 46 Abs. 2

## Nicht zentral voruntersuchte Flächen, §§ 50 ff.

- Voruntersuchung erfolgt nach Zuschlag durch Bieter
- Ermittlung des erfolgreichen Bieters über qualitative Kriterien durch BSH, § 53
  - Höhe des Gebotswertes einer Zahlung
  - Energieertrag
  - Umfang der beabsichtigten PPA-Abschlüsse
  - Vereinbarkeit mit den Belangen des Natur- und Artenschutzes
  - Recyclingfähigkeit der Rotorblätter
- Verwendung der Einnahmen aus Zahlungen zur Senkung der Offshore-Netzumlage und Stärkung des Meeresnaturschutz

## Beschleunigung auf Zulassungsebene

- Ersetzung Planfeststellungsverfahren durch Plangenehmigungsverfahren für zentral voruntersuchte Flächen, §§ 66, 70
  - Auch Offshore-Anbindungsleitungen, Anlagen zur Übertragung von anderen Energieträgern
  - Plangenehmigung *soll* innerhalb von 12 Monaten erteilt werden
- Planfeststellungsbeschluss *soll* innerhalb von 18 Monaten erteilt werden, § 69 Abs. 4
- Verkürzung diverser Fristen (Stellungnahmefristen von Behörden, Nachreichung ergänzender Unterlagen etc.)

# Stärkere Bündelung der Umweltprüfung und der Beteiligungsrechte

- zwingende Beschränkung der UVP auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen sowie auf erforderliche Aktualisierungen und Vertiefungen bei zuvor bereits durchgeführter SUP auf vorgelagerter Planungsebene
- Plangenehmigung: Weitere Beteiligung der Öffentlichkeit nur bei zusätzlichen erheblichen oder anderen Auswirkungen im Vergleich zur Voruntersuchung und Eignungsfeststellung, § 70 Abs. 2

**Noch Fragen?**

**Vielen Dank**

Friederike Beck-Broichsitter

Rosin Bündenbender Rechtsanwaltsgesellschaft  
mbH

Semperstraße 33

45138 Essen

T 0201 102 281-12

F 0201 102 281-99

E [friederike.beck-broichsitter@rosin-  
buedenbender.com](mailto:friederike.beck-broichsitter@rosin-buedenbender.com)